

Kernpositionen der Energieintensiven Industrien in Deutschland (EID) zur Bundestagswahl 2025

Die **Energieintensiven Industrien in Deutschland (EID)** sind der **industrielle Kern unserer Volkswirtschaft**. Sie liefern unverzichtbare Grund- und Werkstoffe für die Industrie. Darüber hinaus liefern sie elementare Vorprodukte für die Transformation. Doch eine **anhaltende Konjunkturschwäche** verbunden mit **strukturellen Standortnachteilen** werden zunehmend zur Bedrohung. Auch das Gelingen der **klimaneutralen Transformation** wird **erschwert**, wenn die Rahmenbedingungen nicht stimmen und das Vertrauen in Investitionen am Standort sinkt. Dies bedroht auch **kleine und mittelständische Unternehmen** energieintensiver Industrien. **Wettbewerbsfähigkeit** am Standort Deutschland ist jedoch **die zentrale Voraussetzung** für eine gelingende Transformation.

Es braucht daher **wirksame und verlässliche politische Maßnahmen** in drei zentralen Handlungsfeldern:

- I. Senkung der Energiekosten auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau**
- II. Kosteneffizienter Aus- und Aufbau der nötigen Infrastruktur für Strom, Wasserstoff und CO₂**
- III. Transformation mit und durch eine starke Industrie ermöglichen**

I. Senkung der Energiekosten auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau

Basis für eine starke Grundstoffindustrie in Deutschland sind international wettbewerbsfähige Energiekosten. Es braucht hier strukturelle Lösungen, da beispielsweise die Stromgesamtkosten in Deutschland weit höher als in China und den USA, aber auch anderen EU-Mitgliedstaaten liegen. Insbesondere sind staatlich induzierte Abgaben, Umlagen und Steuern auf den industriellen Energieverbrauch in den letzten Jahren massiv angestiegen. Diese nationalen Zusatzbelastungen drohen eine dauerhaft verschlechterte Wettbewerbsposition zu zementieren, die sich existenzbedrohend für die Grundstoffindustrien auswirkt. Es gilt das energiepolitische Dreieck aus Wettbewerbsfähigkeit, Klimaneutralität und Versorgungssicherheit neu auszurichten.

Energiewendekompass neu justieren und beim Umbau zur Klimaneutralität mehr auf Qualität statt Quantität setzen. Der **Zubau von erneuerbarer Erzeugung, steuerbarer Leistung, Netzinfrastruktur und Speichern** muss beschleunigt und **besser synchronisiert** werden. Im langfristigen Strommarktdesign muss **Versorgungssicherheit** ein Kernelement sein. **Gesicherte Leistung darf nur bei gleichzeitigem steuerbarem Ersatz abgeschaltet** werden.

Kosteneffizienz des Gesamtstromsystems muss konsequent als oberste Prämisse gelten. Die Förderung erneuerbarer Energien muss auf den zeitlichen Bedarf ausgerichtet und marktnah ausgestaltet werden. Die Netzentgeltsystematik sollte sich an der Verursachungsgerechtigkeit orientieren. Eine einseitige Belastung der Stromverbraucher setzt falsche Anreize.

Es braucht Planungssicherheit bei den bestehenden Entlastungsinstrumenten. Insbesondere die **Stromnetzentgelte** sind massiv gestiegen und zu einem **maßgeblichen Kostentreiber** geworden. Eine **staatliche Mitfinanzierung** der Netzkosten als Aufgabe der **Daseinsvorsorge** ist daher dringend geboten. Die Kosten müssen mindestens wieder auf das Niveau von 2023 sinken. Die Politik muss darüber hinaus auf eine praxistaugliche **Nachfolgeregelung** zu den **individuellen Netzentgelten** hinwirken, da das Auslaufen der bisherigen Regelung zu einer weiteren Vervielfachung zu führen droht. Daneben muss die **Entfristung der Stromsteuerentlastung** über das Jahr 2025 hinaus **verstetigt** werden. Im Rahmen des Kraftwerkssicherheitsgesetzes und der Einführung eines Kapazitätsmechanismus dürfen der Industrie **keine neuen Umlagekosten** aufgebürdet werden.

Erdgas ist in seiner Doppelrolle der energetischen und rohstofflichen Verwendung für den Übergang unverzichtbar. Außerdem setzt Erdgas aufgrund der Merit Order auch den Strompreis. Wer Erdgas verteuert, verteuert ebenfalls den Strompreis. Bestimmte staatliche Aufschläge gibt es in anderen europäischen Ländern nicht oder zumindest nicht in dieser Höhe. Deshalb muss die **Erdgas-Speicherumlage** für die Industrie **abgeschafft** werden. Auch bei den **Erdgas-Nutzungsentgelten** braucht es eine **Entlastung**.

II. Kosteneffizienter Aus- und Aufbau der nötigen Infrastruktur für Strom, Wasserstoff und CO₂

Infrastrukturnetze bilden das Rückgrat der Transformation. Deshalb müssen **sie modernisiert und ausgebaut** sowie in starke EU-Netze eingebettet werden. Dies gilt **gleichermaßen** für **Strom, Wasserstoff** und **CO₂**. Es ist wichtig, von vornherein beschleunigte Planungs- und Genehmigungsverfahren vorzusehen.

Für den Ausbau von Wasserstoff- und CO₂-Netzen gilt es, wirtschaftliche Risiken in der Anlaufphase abzufedern und damit prohibitiv hohe Netzentgelte zu verhindern. Beide Netze müssen integriert gedacht werden.

III. Transformation mit und durch eine starke Industrie ermöglichen

Erfolgreiche Transformation funktioniert nur mit einer wettbewerbsfähigen Industrie. Es braucht Technologieoffenheit, insbesondere in der Übergangsphase. Darüber hinaus ist flankierende staatliche Unterstützung erforderlich, solange es keine globale, effektive CO₂-Bepreisung gibt und klimaneutrale Technologien teurer als konventionelle sind.

Um Abscheidung, Transport, Speicherung und Nutzung von CO₂ (CCS/CCU) zu ermöglichen, braucht es zügig den passenden Rahmen. **CCS und CCU** müssen in Deutschland **gesetzlich erlaubt und gefördert** sowie das **notwendige CO₂-Netz aufgebaut** werden.

Der Wasserstoffhochlauf wird nur gelingen, wenn pragmatisch reguliert wird. Das heißt: Weg von der "Farbenlehre" hin zu einem Fokus auf den CO₂-Fußabdruck unabhängig von der Erzeugungstechnologie. Übergeordnetes Ziel müssen **wettbewerbsfähige Wasserstoffpreise** sein.

Förderprogramme zur industriellen Dekarbonisierung müssen verstetigt werden. Hürden für die Nutzung wie überbordende Bürokratie, unrealistische Anforderungen zur CO₂-Reduktion oder mangelnde Technologieoffenheit sollten beseitigt werden.

Ein effektiver Carbon Leakage-Schutz ist im internationalen Wettbewerb unerlässlich. Nur so kann verhindert werden, dass Unternehmen ihre Produktion ins Ausland verlagern, wo der Klimaschutz oft weniger streng implementiert wird.

Die Energieintensiven Industrien in Deutschland (EID) sind die gemeinsame Plattform der Energieintensiven Industrien in Deutschland. Unter ihrem Dach bündeln die Branchen Baustoffe, Chemie, Glas, Nichteisen-Metalle, Papier und Stahl ihre gemeinsamen energie- und klimapolitischen Positionen, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Diese Branchen sind der industrielle Kern der Volkswirtschaft, die unverzichtbare Grund- und Werkstoffe für die Industrie liefern.

Registernummer im Lobbyregister (EID): R001128

Kontakt:

Matthias Belitz – Geschäftsführer
Neustädtische Kirchstraße 8 | 10117 Berlin
0160 97281532 | belitz@energieintensive-industrien.de